

Ein (selbst)kritischer Rückblick.

Hundert Jahre nach dem Berner „Käfigturmkrawall“

Vor hundert Jahren, am 19. Juni 1893, kam es in Bern zum sogenannten „Käfigturmkrawall“. Was damals passiert ist, weiss man ziemlich genau - über Verantwortlichkeiten und Schuld gehen die Ansichten jedoch auseinander. Wir betrachten nicht nur die Ereignisse, sondern fragen auch nach der Einstellung der Gewerkschaften zu Spontanaktionen in der Art des Krawalls.

Zuerst die Fakten: Am 17. Juni 1893 erschien im bernischen Stadtanzeiger ein kleines Inserat ohne Unterschrift, das auf „Montag, den 19. Juni 1893, mittags 1 Uhr beim Bahnhof“ zu einer „Maurer- und Handlanger-Versammlung“ aufrief. Damals herrschte im Baugewerbe grosse Arbeitslosigkeit, da auf den zahlreichen Baustellen in den neuerschlossenen Quartieren italienische Arbeiter beschäftigt wurden, die zu Dumping-Löhnen arbeiteten.

Die zur Versammlung erschienenen Bauarbeiter – zunächst nur etwa zwanzig, von denen die meisten arbeitslos waren - zogen nach einer „Abstimmung“ ins Kirchenfeld, um gegen die Beschäftigung der Italiener zu demonstrieren. Der Zug wuchs dabei auf etwa 60 Leute an. Auf den Baustellen kam es zu Schlägereien. Die Polizei, die die Arbeiter auf den Baustellen gewarnt und sich in der Nähe versteckt hatte, nahm 17 Leute fest und führte sie in den Berner Käfigturm, der damals noch als Polizeigefängnis diente. Eine wachsende Menge vor dem Turm verlangte die Freilassung der Gefangenen. Gegen Abend traten Polizei und Feuerwehr in Aktion, sie versuchten die Menge abzudrängen, neue Verhaftungen wurden vorgenommen. Nach einer Stunde kam die Polizei ein zweites Mal, diesmal verstärkt und mit blankem Säbel und unter erneuten Verhaftungen, und schliesslich, um elf Uhr, ein drittes Mal. Aus dem Käfigturm schossen die Landjäger mit ihren Revolvern. Kurz nach Mitternacht erschienen 63 Artilleristen aus Thun auf dem Platz, die der Stadtpräsident unter Umgehung des Regierungsrates und des Gesamtbundesrates, die eigentlich zuständig gewesen wären, direkt beim Vorsteher des EMD bestellt hatte. Am nächsten Tag traf auch noch ein Rekrutenbataillon aus Luzern ein.

Belagerungszustand.

In der Folge herrschte in Bern vier Wochen der Belagerungszustand. Die eidgenössischen Truppen wurden durch das Landbataillon 37 und die Dragoner-Schwadron 10, bestehend aus Bauern aus der Umgebung von Bern, ersetzt. Die Rote Fahne wurde für den ganzen Kanton Bern verboten, der Arbeiterunion Bern wurde das von der Stadt vermietete Büro gekündigt. Dem Arbeitersekretär, dem aus Russland emigrierten, in Muri bei Bern eingebürgerten Dr. Niklaus Wassilieff, und 74 Mitangeklagten wurde im Mai 1894 der Prozess gemacht (wiederum unter militärischer Bewachung, diesmal durch das Berner Oberländer Gebirgsinfanteriebataillon 36).

Insgesamt wurden Gefängnisstrafen von über 30 Jahren verhängt, das längste Strafmass mit 18 Monaten Zuchthaus erhielt der Anführer des Zuges, Aebi. Nur der Verteidiger Wassilieffs reichte ein Kassationsbegehren ein, dem auch entsprochen wurde. Im zweiten Prozess wurde das Strafmass von 12 auf 3 Monate reduziert.

Organisation weckte Furcht.

Die Geschehnisse sind nur zu begreifen vor dem Hintergrund der damaligen Zeit: Drei Bevölkerungsgruppen standen sich strikt getrennt gegenüber. Die Konservativen verloren ihre traditionelle Gefolgschaft aus dem Bürgertum und dem Adel, diese wurden „Radikale“, wie man damals sagte, also Freisinnige. Konservativ war vor allem die Landbevölkerung, die Bauern und aus dem Bauernstand in die Stadt gezogene Leute wie etwa die Berner Polizisten. Die Arbeiterschaft, die sozialistischen Ideen, insbesondere der Sozialdemokratie, zuneigte, hatte eine Phase starker Organisierung hinter sich gebracht: Die Mitgliederzahl des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB war von 1890 bis 1893 von 3400 auf 9500 gewachsen, obwohl eine Mitgliedschaft den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge haben konnte. 1888 war die Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS gegründet worden, im selben Jahr auch der Schweizerische Arbeiter-Sängerverband als erster Dachverband der Arbeiterkulturbewegung. Auch die Genossenschaftsbewegung wuchs.

Das 1890 geschaffene bernische Arbeitersekretariat mit einem bezahlten, vollbeschäftigten Arbeitersekretär war ein europäisches Novum, entsprechend floss es den Bürgern Angst ein. Sein Sekretär, der „Tatar“ Wassilieff, der „hergelaufene Russe“, erhielt, weil er gut reden konnte, von den Bürgern den Spottnamen „Waschlisepf“. Er war in seiner Arbeit sehr erfolgreich, führte 1891 für die Serviertöchter eine Aktion mit der unerhörten Forderung nach einem halben Freitag pro Woche durch, gründete 1892 den „Handlangerbund“ und gab dieser Gewerkschaft gleich noch eine Arbeitslosenkasse. Mit der „Freien Schule“ rief er eine Arbeiterbildungseinrichtung ins Leben, die Nachfolger bis hin zur SABZ fand. Auch einen Fonds für ein Volkshaus regte Wassilieff an.

„Yvorne-Verein“ gegen „Waschlisepp“.

Auf der Gegenseite regte sich Widerstand gegen diese Tätigkeit. Auf privater Basis gründete sich im Sommer 1892 der „Einwohnerverein“, der vor allem an den Stammtischen tätig war und deshalb von der Arbeiterschaft den Spottnamen „Yvorne-Verein“ erhielt. Schon im Dezember des gleichen Jahres richtete er eine Eingabe an den Regierungsrat, worin er drei Forderungen aufstellte: 1. Verbot des Herumtragens der roten Fahne, 2. Einschreiten gegen die „Freie Schule“ des Dr. Wassilieff, 3. „Einschreiten gegen das staatsgefährliche Auftreten gewisser sozialdemokratischer Elemente, namentlich des Grossrates Albert Steck“. Diese Beschwerde - sie wurde vom Regierungsrat abgewiesen - zeigt, dass damals schon die Bildungseinrichtung der Arbeiter bekämpft wurde. Albert Steck, aus patrizischem Geschlecht stammend, hatte lange Jahre die linksfreisinnige „Berner Post“ redigiert, bevor er sich in einer aufsehenerregenden Erklärung zur Sozialdemokratie bekannte. Er war 1888 einer der Mitgründer der SPS.

Auch die Gemeinde machte munter mit bei den Aktivitäten gegen die Arbeiterschaft. So gründete sie gegen Wassilieffs Arbeitslosenkasse eine von der Gemeinde mit 5000 Franken subventionierte Kasse, womit sie sich den Ruhm errang, die erste von den öffentlichen Hand unterstützte Arbeitslosenkasse in Europa geschaffen zu haben. Gegen die Gewerkschaften gründete sie den „Arbeiterleist“, der aber mangels Mitgliedern seine Tätigkeit einstellen musste.

Moderate Forderungen.

Die Arbeiterschaft kämpfte in jener Zeit um geringe Verbesserungen. So hatte der Handlangerbund Anfang Juni 1893 auf Anregung Wassilieffs eine Resolution mit folgenden vier Forderungen gefasst: 1. Minimallohn von 33 Rappen per Stunde, 2. Gegenseitige 14tägige Kündigung, 3. Zehnstündige Arbeitszeit, 4. Gegenseitiger Arbeitsnachweis zum Zwecke der Beschäftigung der hiesigen Arbeitskräfte, bevor die Auswärtigen zugezogen werden.“ Es ist also auch falsch, die Bauarbeiter der Fremdenfeindlichkeit zu zeihen, vielmehr wehrten sie sich dagegen, dass fremde Arbeiter als Lohndrücker eingesetzt wurden. Der demokratische Nationalrat Dr. Theodor Curti hatte sich gleich am Dienstag nach dem Krawall auf den Bauplätzen umgesehen und nach den Lohnverhältnissen gefragt. Das Ergebnis stellte er in einem Bericht in der „Zürcher Post“ dar, danach verdiente ein einheimischer Arbeiter Fr. 2.80 bis 3.20 pro Tag, ein Italiener dagegen Fr. 2.40 bis 2.60. Die Bürgerschaft dagegen wähnte, mit dem Krawall sei die befürchtete Revolution ausgebrochen. So machten denn auch Gerüchte die Runde, in Bern seien Anarchisten (mit Kisten voll Sprengstoff!) eingetroffen. Regierungspräsident Marti liess am 1. Juli vom Grossen Rat die ergriffenen Massnahmen genehmigen und sich für die Zukunft eine Vollmacht erteilen und ging dabei auf „die bedauerlichen Excesse“ und ihre Ursachen aus seiner Sicht ein. Dabei erwähnte er, die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern sei mit rund 10 Prozent doch wirklich nicht gravierend: „Es ist sicher, dass bei der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Nothlage viel beschäftigungslose Landarbeiter in die Stadt kamen und hier die Arbeitslosigkeit vermehrten. So ist es leicht erklärlich, dass wir eine mässige Zahl Arbeitsloser haben, worunter sich ein sehr grosser Prozentsatz solcher befindet, die überhaupt nicht arbeiten wollen.“ Er berichtet, als Folge der Auftritte der Arbeiter auf den Bauplätzen habe „eine eigentliche Auswanderung fremder Arbeiter“ stattgefunden: „Nach einem amtlichen Bericht sind 173 Italiener und 13 Tessiner abgereist.“

Warum so mutlos?

Das Inserat im Stadtanzeiger, so stellte sich heraus, war von einem arbeitslosen Bauarbeiter aus eigener Initiative aufgegeben worden. Die Gewerkschaft bemühte sich, ihre Mitwirkung am Krawall herunterzuspielen. Zwar hatte die Arbeiterschaft ihre Leute zum Käfigturm zusammengetrommelt, und die Führung der Arbeiterunion machte sich beim Gemeinderat für eine Freilassung der Gefangenen stark. Aber nach der Verhaftung des Arbeitersekretärs Wassilieff wurde sofort per Maueranschlag auf die Grundlosigkeit hingewiesen. In den nächsten Jahren wurde der Kampf auf politischer Ebene weitergeführt. So konnte etwa endlich das Proporzwahlrecht auf städtischer Ebene erkämpft werden, die Unterschriften für die Initiative wurden innert weniger Stunden gesammelt. Die Wahlen brachten, zuerst auf städtischer und später auch auf kantonaler Ebene, Erfolge für die Sozialdemokraten.

Im Rückblick, fünfzig Jahre nach dem Krawall, gab der Arbeiterbildungsausschuss der Stadt Bern eine Schrift heraus, die anonym erschien, weil ihr Verfasser, der deutsche Emigrant Eduard Wekerle, bei einer Nennung zu sehr gefährdet gewesen wäre. In dieser Schrift wird die Beteiligung der Arbeiter am Krawall heruntergespielt, und es werden die Erfolge des Kampfes auf der politischen und organisatorischen Ebene herausgestrichen: Die SP habe in der Stadt 11 Sektionen mit rund 4000 Mitgliedern, habe im Stadtrat 38 von 80 Sitzen und stelle 3 von 7 Gemeinderäten. Von den 33 Sitzen, die der Stadt im Grossen Rat zustünden, habe sie 16 inne. Es wird hingewiesen auf die Sozialistischen Frauengruppen, die Sozialistische Jugendgruppe, die Roten Falken, die der Partei zugehörige „Berner Tagwacht“, die „in einem der Arbeiterschaft gehörenden Genossenschaftsbetrieb, der Unionsdruckerei, hergestellt“ werde. Das Gewerkschaftskartell umfasse Sektionen von 15 Gewerkschaften mit

rund 12'000 Mitgliedern, seine Rechtsauskunftsstelle habe 1942 4545 Auskünfte erteilt. Die Genossenschaftsbewegung zählte in der Stadt 7 Betriebe, im Bereich der Arbeiter-Sport- und -Kulturorganisationen waren auf städtischer Ebene über 50 Vereine, Sektionen, Chöre usw. aktiv.

Diese Erfolge zählten für die Gewerkschaften. Mit dem spontanen Ausbruch der Wut und der Frustration dagegen bekundeten sie Mühe, und deshalb war ihnen der Käfigturmkrawall noch nach fünfzig Jahren eine Rechtfertigungsschrift wert. Sie zählten sich jetzt zu den staatstragenden Kräften - eine Rolle, die sie nicht mehr los werden wollten und wurden. Auch in den nächsten fünfzig Jahren fanden viele Kämpfe in der Schweiz ohne die Stimme und Stellungnahme der Gewerkschaften statt: die Studentenunruhen 1968, die Jugendunruhen Anfang der achtziger Jahre, der Jurakonflikt.

Verwendete Literatur: Der Käfigturm-Krawall zu Bern. Ein Rückblick nach fünfzig Jahren. Hrsg. Arbeiterbildungsausschuss Bern. Bern 1943. Aktenstücke betreffend die Arbeiterunruhen in Bern vom 19. Juni 1893, in: Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Hrsg. v. Carl Hilty. Achter Jahrgang, 1893. Bern 1894.

Mit Foto von Niklaus Wassilieff und Zeichnung „Käfigturmkrawall“.

Peter Anliker.

Der öffentliche Dienst, 21.5.1993.
Arbeiterunion > Käfigturmkrawall 19.6.1893.doc.